



Dringliche Motion: Die Stadt als faire Partnerin der Jugendorganisation

Ohne jegliche Vorankündigung hat der Stadtrat den Jugendorganisationen der Stadt Luzern noch kurz vor den Sommerferien mitgeteilt, dass er beschlossen habe, die Kartonsammlungen ab sofort durch das Strasseninspektorat vornehmen zu lassen (StB 459 vom 1. Juli 2020). Begründet wird der Entscheid mit Sicherheitsbedenken. So ist es offenbar in anderen Schweizer Städten oder Gemeinden zu mehreren Unfällen gekommen.

Für die betroffenen Jugendorganisationen hat dieser Entscheid weitreichende Konsequenzen. Die Einnahmen aus der Kartonsammlungen (ca. Fr. 10'000.- pro Jahr und Verein) machen bei vielen Jugendorganisationen 50 – 80 % ihrer gesamten Einnahmen während eines Jahres aus. Die sofortige Kündigung der Zusammenarbeit bedeutet damit einen massiven Eingriff, der die Jugendorganisationen völlig unvermittelt, unverschuldet und überaus hart trifft.

Bei der Kartonsammlung durch die Jugendlichen geht es jedoch um mehr als nur um unverzichtbare Einnahmen. Es geht auch darum, den Jugendlichen Verantwortung zu übertragen, sie zu befähigen, sich selbständig zu organisieren und sie in die Lage zu versetzen, eigenes Geld zu verdienen, mit dem z. B. die beliebten Lager, aber auch viele Anlässe, Gruppenstunden usw. finanziert werden. In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Kartonsammlung durch Jugendliche äusserst positiv beurteilt und die Jugendlichen machen wertvolle Erfahrungen. Sie werden zudem für das Thema Recycling sensibilisiert.

Dem Stadtrat war bei seinem Entscheid offenbar zu wenig bewusst, welche schweren finanziellen Konsequenzen sein Entscheid für die Jugendorganisationen hat. Nicht anders ist zu erklären, dass der Entscheid per sofort umgesetzt wird und den Jugendlichen keine Alternativen unterbreitet werden. Wenn der Stadtrat den Jugendorganisationen bloss mitteilt, er stehe Arbeitseinsätzen der Jugendvereine offen gegenüber, macht er sich die Sache aber zu einfach.

Die Sicherheit der Jugendlichen ist ein äusserst hohes Gut. Niemand will Jugendliche unnötigen Gefahren aussetzen. Offenbar sind in der Stadt Luzern in der Vergangenheit allerdings keine nennenswerten Zwischenfälle registriert worden. Der Stadtrat erwähnt jedenfalls in seinem Beschluss nur Vorfälle in anderen Gemeinden oder Städten.

Wir bitten den Stadtrat in einem Planungsbericht aufzuzeigen, welche Tätigkeiten von den Jugendorganisationen in Zukunft, anstelle der Kartonsammlung, ausgeführt werden können, die eine vergleichbare finanzielle Entschädigung bei vergleichbarem zeitlichem Aufwand gewährleisten. Die betroffenen Jugendorganisationen sind in die Erarbeitung miteinzubeziehen. Zudem bitten wir den Stadtrat darzustellen, unter welchen Voraussetzungen Kartonsammlung auch in Zukunft durchgeführt werden können und dabei gleichzeitig die Sicherheit auf ein akzeptables Mass gesteigert werden kann. Dabei kann allenfalls auf das Merkblatt *Sicherheit und Haftung bei der Papiersammlung durch Vereine und Schulen*, Herausgegeben von der Baudirektion Kanton Zürich Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) Abteilung Abfallwirtschaft und Betriebe, Hinweise geben.

Die sofortige Einstellung der Zusammenarbeit gefährdet viele Anlässe und auch zukünftige Lager. Wir bitten daher den Stadtrat eine Übergangfinanzierung zu prüfen, bis eine dauerhafte Lösung gefunden werden kann bzw. der verlangte Planungsbericht vorliegt.

Rieska Dommann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion